neue kritik 2

Günter Kallauch	1 Der unbequeme Verband
Ruth Fischer	4 Zur Diskussion über das Problem der unterentwickelten Länder
Herbert A.Tulatz	16 Nigeria - ein afrikanisches Entwicklungsland
Dieter Bielenstein	22 Studentenaustausch mit den Entwicklungsländer
	24 Politischer Studentenverband
	28 Sozialistische Studentenarbeit heute
Dr. Wolfgang Kalischer	31 Andere Wege zur Hochschulreife
Klaus Meschkat	33 Über Eignungsfeststellung und Bedürftigkeitsprüfung
Alfred Schmidt	36 Studentenwohnheime, Hotels und -Wohnungen

GüntT Kollauch

Der unbequeme Verband

Wenn 111 Studenten aus einem zehnmal **so** starken **Studentenverband.** austreten, so wird diesen Vorfall normalerweise in der Öffentlichkeit kaum jemand beachten. Wenn diese Studenten trotzdem den Blick auf sich lenken vollen, so müssen sie schon "Enthüllungen" **liefern** und über den alten Verband "auspacken".

Die Presse und bedauerlicher Weise auch Teile der S P B wurden **am** 9. Hai 1960 Opfer dieses an sich einfachen und leicht durchscbauba-ren Verhaltens. Die Leichtgläubigkeit, mit der Täuschungen und strafrechtlich relevante Verleumdungen aufgenommen wurden und die Großzügigkeit, mit der man über Satzungsbrüche hinwegsah und eine "Gründung" akzeptierte, die von vornherein jede wirkliche Demokratische Willensbildung ausschließt, ist nur verständlich, wenn man den wahren Grund nennt< Der Sozialistische Deutsche Studentenband ist ein Ärgernis.

> Der SDS ist für die offizielle bundesrepublikanische Öffentlichkeit unbequem. Dieser Verband wagt es, das herrschende System als solches in frage zu stellen, anstatt nur einzelnen die Schuld an den überall auftretenden Bestaurationserscheinungen zu geben. **Man** verzeiht es dem SDS nicht, daß er Ketzer bleibt gegenüber der neuen bundesdeutschen Staatsreligion, dem blinden Antikommuniamus, obwohl der SDS zugleich duroh Satzung smäßig verbindliche Beschlüsse und durch seine politische Praxis jede Aktionseinheit «1t der KPD-SED und ihren Anhängern eindeutig abgelehnt hat.

Der SDS hat auch Gegner innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und ist diesen unbequem. Doch der SDS hat nie die Solidarität zu dieser Partei gebrochen. Er hat andererseits zugleich **auf** Grund seiner besonderen Aufgaben und seiner intensiven Auseinandersetzung mit der sozialistischen Theorie seine eigene unabhängige Position bewahrt und verteidigt.

Gegenüber einem unbequemen Verband, fielen die Verleumdungen auf günstigen Boden. Sie wurden erhoben von ehemaligen Mitgliedern des SDS, die niemals ein Hehl daraus gemacht haben, daß ihnen die Anrede "Genosse" nichts bedeutet und die sich einer demokratischen Auseinandersetzung nicht gewachsen fühlten. Da ihre Ansichten in den Gruppen und auch in der Studentenschaft wachsend weniger Widerhall fanden und sie in der Theorie die Auseinandersetzung mit jenen nicht bestanden, die an der theoretischen Tradition der Sozialdemokratie festhalten, blieb ihnen nur die Flucht. Ihre Verleumdungen sind Ausdruck ihrer Schwäche, eine Bache für ihre Miederlagen.

Aus diesem Grund mußte eine kleine "Gründergruppe" dem neuen Verband eine Satzung geben, die wegen der weitgehenden Befugnisse eines faktisch eingesetzten "Ältestenrates" schwerlich als demokratisch bezeichnet werden kann. Etwa 50 Studenten setzten einen Bundesvorstand ein und versuchten so im voraus alle Macht zu usurpieren. Auf Furcht basieren auch die besonderen Aufnahmebedingungen für SDS-Mitglieder und der Beschluß, ganze SDS-Gruppen nicht in den Verband zu übernehmen. Aus dem gleichen Grund scheut der neugegründete "Verband" einen freien Konkurrenzkampf mit dem SDS unter gleichen Bedingungen. Er muß sich nach Unterstützung umsehen und hat diese - trotz seiner armseligen Praxis - gefunden. Der Druck, dem der SDS ausgesetzt ist, nimmt von Tag zu Tag zu.

Der SDS hat Blößen, aber er hat auch Freunde. Diese wissen, daß es nicht um ein paar mögliche kommunistische Agenten im SDS geht, denn diese gibt es in anderen Verbänden auch. Sie wissen, daß es bei dem Versuch der Zerschlagung des SDS letztlich um die Ausschaltung sozialistischer Studenten geht, die sich als parteiloyale Mitglieder der SPD das Recht bewahrt haben, einzelnen Maßnahmen des Partei Vorstandes kritisch gegenüber zu stehen.

In dieser Situation verteidigen über 1000 Mitglieder des SDS ihre Organisationsform. Diese Form ist andererseits kein Selbstzweck-

Sie kann ihren Sinn verlieren, wenn in dieser Form eine wirksame Arbeit für die sozialistische Bewegung nicht mehr geleistet **weiden** kann.

Unsere politische Aufgabe ist eindeutig: Als Sozialisten wissen wir, daß eine isolierte Studentenpolitik nicht möglich ist, und daß heute in der Bundesrepublik die Arbeiterschaft - im weiten Sinn dieses Wortes - und die Verbindung der Sozialdemokratie zur Arbeiterschaft die einzige machtvolle Garantie ist für den Schutz der Demokratie vor einem neuen autoritären System.

In Sachsen habe ich 1946 gegen die Ausschaltung von Sozialisten durch Kommunisten opponiert. Ich habe diesen Widerstand mit acht Jahren Zuchthaus bezahlen müssen. Heute wende ich mich gegen eine Gruppierung, die gleichfalls die demokratische Tradition der Arbeiterbewegung verläßt und die versucht, Sozialisten aus der sozialdemokratischen Hochschularbeit auszuschalten. Aber selbst wenn der Bundesverband des SDS unter massivem Druck zerbrechen sollte, es wird niemals gelingen, unseren Willen zu brechen, den Kampf weiter zu führen zur Verwirklichung von Demokratie und Sozialismus.

Ruth Fischer Zur Diskussion über das Problem der "unterentwickelten Länder"

In den nächsten Jahren wird sich die Weltbevölkerung folgendermaßen entwickeln:

> Es hat zweihundert Jahre gedauert, bevor die Welt ihre jetzige Bevölkerungsziffer von zwei Milliarden Menschen erreichen konnte. In den nächsten dreißig Jahren aber wird sich die Bevölkerung um weitere zwei Milliarden Menschen vermehren. Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wird nach vorliegenden statistischen Berechnungen die Bevölkerungsziffer der Welt sechs bis sieben Milliarden erreicht haben. Und dieses zukünftige Jahr 2 000 ist nicht weiter von uns entfernt als das Jahr 1914.
>
> Diese Bevölkerungszunahme wird insbesondere die Menschenzahl in Asien und Afrika im Gegensatz zu den alten Industriegebieten vermehren. Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts kamen auf einen Europäer zwei Asiaten. Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wird sich dieses Verhältnis zu 1:4 verändert haben. In Lateinamerika wird sich die Bevölkerung in der Zeit von 1900 bis 2000 verzehnfachen. Im Gegensatz dazu wird Europa seine Bevölkerung in derselben Zeit etwa verdoppeln. In den übrigen Kontinenten wird sich in demselben Zeitraum die Bevölkerung vervierfachen.

Es ist klar, daß eine solche enorme Zunahme der Bevölkerung einen unwiderstehlichen Stimulus für eine rapidere Industrialisierung gibt; denn ohne eine durchgehende industrielle Revolution sind diese neuen Millionen Menschen zum Hungertod verurteilt. Daher muß sich das existierende Produktionspotential entscheidend nach Asien und Afrika verlagern.

Kolonialismus heute

In den letzten Jahren hat sich im Westen der Ausdruck "Entwicklungsländer" eingebürgert, mit dem man nicht nur die bezeichnet, die gestern noch Kolonien waren, sondern auch jene, die es heute noch sind. Der Terminus will ebenso wie das Gerede von den "unterentwickelten" Ländern weismachen, daß die Geschichte der Menschheit Naturgeschichte ist, daß die verschiedenen Völker auf verschiedenen - niemals näher bezeichneten - natürlichen Stufen der Entwicklung stehen, solchen also, die ihnen von Natur aus zukommen und über deren Ursachen zu diskutieren kein Anlaß ist. Solche Argumentation unterschlägt nicht nur politisch - ökonomische Antriebskräfte der Geschichte, sie hilft auch, indem sie den alten Kolonialismus als Naturtatsache akzeptiert, den neuen zu rechtfertigen.

unter dem moralischen Vorwand der Partnerschaft werden den ehemaligen Kolonial Völkern heute von internationalen Bank- und Kreditinstituten Investitionsmittel nicht zur Verfügung gestellt, **wie es** heißt, sondern geliehen. Die "Entwicklungsländer" ihrerseits sollen sich verpflichten, sich politisch und wirtschaftlich so zu organisieren, daß zum einen die sogenannten Entwicklungshilfen sicher angelegt werden können, was auf Garantien gegen eine etwaige Nationalisierung der Investitionen hinausläuft, und zum anderen die Volkswirtschaften der betreffenden Länder sich in die schon vorhandene Arbeitsteilung innerhalb der westlichen Welt einfügen. Darüber muß später noch einiges gesagt werden., hier soll nur festgehalten werden, daß der Westen durch die Art der Problemstellung von vornherein alle strittigen Fragen so beantwortet hat, als hätte es das Phänomen des Kolonialismus niemals gegeben oder gäbe es zumindestens heute nicht mehr. Dabei soll hier außer acht gelassen werden, daß der größere aller westlichen "Entwicklungshilfen" mit den westlichen Militärpakten gekoppelt ist, so daß die Entwicklung der Unterentwickelten gleichzeitig deren Integration in die Rüstungssysteme des Westens bedeutet.

Was ist Kolonialismus?

Kolonialismus besteht keineswegs ausschließlich darin, daß Völker von unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung in einem Staatenverband zusammengeschlossen werden, ebensowenig kann einziges Kriterium sein, daß die "unterentwickelten" Länder politisch und militärisch von ihren Metropolen kontrolliert werden. Diese Formen kolonialer Herrschaft sind wesentliche Bestandteile eines Kolonialsystems, das nur als Ganzes betrachtet werden kann und als solches ein viel größeres Gewicht für die Struktur der westlichen Welt hat als es in der Beziehung des einzelnen Koloniallandes zu seiner Metropole sichtbar wird. Der Begriff der westlichen Welt ist der ihrer Monopole, denen der Technik und der Industrie, die mit dem Monopol der militärischen Macht identisch sind. Die Weltmachtpoli-

tik Englands oder heute die Amerikas wäre nicht möglich ohne eine monopolartige Stellung in Industrie und Waffentechnik, die amerikanische Politik würde ohne wirtschaftliche und militärische Macht im Hintergrund keinerlei Gewicht 'besitzen. Der industrielle Reichtum der Weltmächte, zuerst der englischen, später der amerikanischen, war gebunden an die Dispositionsmöglichkeiten über entscheidende Teile der Rohstoffe Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. In den letzten zwei Jahrhunderten, also seit Beginn des kapitalistischen industriellen Zeitalters, hat sich eine Weltarbeitsteilung herausgebildet, die es den Industriegesellschaften des Westens ermöglicht, einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard zu erreichen durch Konzentration der Schwerindustrie in ihren eigenen Ländern, während gleichzeitig den Kolonialländern die Rolle des Produzenten billiger Rohstoffe zugewiesen wurde. Der Lebensstandard der Kolonialländer stieg nicht annähernd im gleichen Maße wie der der sogenannten Mutterländer. Obwohl eine Reihe ehemaliger Kolonien nach dem zweiten Weltkrieg ihre nationale Selbständigkeit erlangt haben, besteht diese Arbeitsteilung für zwei Drittel der Welt noch heute. Eine Reihe von Untersuchungen, die nach dem Kriege von den Vereinten Nationen durchgeführt wurden, haben gezeigt, daß der Lebensstandard und das durchschnittliche Einkommen der Bevölkerung in den Industriestaaten in ständigem Anwachsen begriffen ist, während gleichzeitig Lebensstandard und durchschnittliches Einkommen der Bevölkerung der nicht industrialisierten Staaten absinkt.

Nun hat andererseits koloniale Herrschaft auch gewisse Züge, die den Beherrschten zugute kommen, allerdings in der Apologie des Kolonialismus auch jeweils einseitig in den Vordergrund gespielt werden. Die bürgerliche Forderung, daß die Förderung der Interessen der Einzelnen notwendig auch die der Gesamtheit zur Folge haben müsse, erfährt im Kolonialismus eine allerdings etwas verzerrte Demonstration. Im Interesse der Kolonialmächte mußten in den Kolonien eine Reihe von Fabrikations- und Tran Sport anlagen erstellt werden, dazu gehört immer eine Reihe von sanitären und Erziehungseinrichtungen,

ebenso wie die Erziehung der Einheimischen, was allerdings zugleich deren Erziehung zur Kollaboration bedeutet, unter dem Druck der russischen und der chinesischen Revolution konnten sich die positiven Züge des Kolonialismus stärker entfalten, trotzdem bleibt e r ein System der Ausbeutung und Unterdrückung im Weltmaßstab. Wenn heute der Kolonialismus als wohlwollende Erziehungsdiktatur verteidigt wird, die nur den Zweck verfolge, die Kolonialländer auf den westlichen Zivilisationsstand zu heben, dann zeigen gerade die bisher erzielten Resultate die Verlogenheit dieser Behauptung. In keiner dieser Kolonien, weder in den jetzt selbständigen noch in den noch unselbständigen, hat, um nur den wichtigsten Faktor zu nennen, das Schulwesen auch nur annähernd den Stand erreicht, der etwa in Europa 1860 geherrscht hat. Nach wie vor gibt es in den Kolonien achtzig bis neunzig Prozent Analphabeten. Kulturelle Einrichtungen haben sich bisher nur in verhältnismäßig unbedeutenden Enklaven gebildet, die am Gesamtzustand des betreffenden Landes wenig geändert haben. Die Industrialisierung eines "unterentwickelten" Landes ist nicht mit der Investition ausreichenden Kapitals allein zu erreichen, vielmehr wäre unerlässlich eine neue Art der Weltarbeitsteilung und die aktive Teilnahme der einheimischen Bevölkerung am Prozess der Industrialisierung.

Das Kolonialsystem hat die Völker weder nach wirtschaftlichen, noch nach ethnischen und kulturellen Gesichtspunkten gesondert und eingegrenzt, sondern im Hinblick auf die machtpolitischen Ansprüche und Zwecke der betreffenden Metropole. Die Kolonialländer sind entstanden im Konkurrenzkampf der Metropolen um diesen oder jenen Anteil, in einem ständigen Streit um die Zuteilung von Territorien und im ständigen Hinblick auf imaginäre oder reale militärische Notwendigkeiten. Der Nahe Osten ist bis auf den heutigen Tag das markanteste Beispiel der Kolonialpolitik. Ein noch eindringlicheres Beispiel wird morgen Afrika bieten. Die Völker dieses Erdteils werden große Schwierigkeiten haben, die Schäden, die aus dieser irrationalen Zerstückelung ihrer Länder entstanden sind, zu überwinden.

Der Führer der SFIO, Guy Mollet, vertritt zur Begründung der französischen Algerien - Politik immer wieder die Auffassung, daß der Anti-Kolonialismus heute überlebt sei» da die Nationen durch die technische Revolution in gegenseitige Abhängigkeit von einander geraten sind, so daß die nationale Souveränität der einzelnen Länder auf der ganzen Erde ihren Sinn zu verlieren beginnt. Diese These ist zwar in dieser allgemeinen Form richtig, aber in ihrer Anwendung auf den Kolonialismus falsch und gefährlich. Denn das Kolonialsystem hat überall irrationellen Wirtschaftsraum geschaffen; die ganze Erde ist noch immer bestückt mit europäischen Kolonialbesitz, der aus Asien und Afrika Fetzen herausgerissen hat, um sie an weit entfernte westliche Wirtschaftszentren anzubinden. So besitzt England noch in Zentralamerika Kolonien (Britisch -Honduras zum Beispiel), die Franzosen in Polynesien, die Holländer in Indonesien. Die anti - koloniale Revolution ist die unumgängliche .Durchgangsstufe, um die vom Westen geschaffene Irrationalität der Wirtschaftsraumgliederung zu überwinden und die Voraussetzungen zu einer echten Großraumwirtschaft, das heißt zu einer Arbeitsteilung jener Völker, die einander benachbart sind, zu gelangen. Man muß einen Blick auf die Landkarte Afrikas werfen, um zu sehen, wie unsinnig die Behauptung ist, daß die afrikanischen Nationen " von Natur aus " in die europäische Großraumwirtschaft hineingeboren. "Eurafrika", das Modewort der letzten Jahre, kann nichts anderes sein als ein neuer Titel für das alte Kolonialsystem.

Ist die Sowjetunion eine Kolonialmacht?

Ein anderes Modewort ist das vom Sowjetkolonialismus. Natürlich ist es richtig, daß die Sowjetrepubliken in Zentralasien und im Kaukasus alte Kolonialeroberungen des Zarismus darstellen, natürlich ist es auch richtig, daß die alten kolonialen Eroberungen des Zarismus auch von der Sowjetmacht festgehalten wurden und nicht die Möglichkeit erhielten sich als selbständige Nationen zu konstituieren. In diesem Sinne ist die Sowjet-Union heute die Nachfolgerin des zaristischen Kolonialismus, und dasselbe gilt, wenn auch unter ganz anderen Voraussetzungen, für das kommunistische China (Tibet).

Aber hier setzt der entscheidende Unterschied ein: Während die westlichen Kolonialmächte nirgends anstrebten die Kolonien auf ihre eigene industrielle Höhe zu heben, haben die Sowjets das von 1917 an getan. Sie hatten dabei außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden, und die nicht-russischen Völker litten unter den Methoden der Stalinschen Industrialisierung ebenso wie ihre großrussischen Nachbarn. Aber das Resultat war ein ganz anderes als etwa in Nord-Afrika. Lebensstandard und kulturelle Höhe ist in diesen Randgebieten der russischen Mutterrepublik so weit angenähert worden, daß man von erheblichen Unterschieden nicht mehr sprechen kann. Insbesondere ist die Durchschulung der Bevölkerung und ihr Zutritt zu allen Kontrollfunktionen innerhalb der Partei und des Staates fast restlos erreicht worden. Es ist aber noch ein anderer wichtiger Punkt, der diesen sowjetischen Kolonialismus von vornherein in eine andere Ausgangsposition setzt als den westlichen. Sowohl Rußland wie China breiteten sich in ihrer kolonialen Periode über ihre Landesgrenze aus. Es wurden jedoch nur solche Gebiete an das Mutterland angeschlossen, die territorial direkt an die Metropole angegliedert werden konnten, also Russisch-Zentralasien oder Tibet. Mit dieser Form des Kolonialismus wurden Voraussetzungen zur Großraumwirtschaft geschaffen, die tatsächlich heute zwingend notwendig geworden sind. Ferner bringt die kommunistische Industrialisierung jenen Zwang zur rationellen Arbeitsteilung mit sich, der der westlichen Kolonialpolitik so vollständig abgeht. Der "kommunistische Kolonialismus" hat weit größere Chancen sich in einen echten "Völkerbund" zu verwandeln als die westliche Form der Zusammenarbeit mit den "Entwicklungsländern“.

Chinas Schotten über dem Westen

Die kommunistischen Ideen machten in den ersten Jahrzehnten nach dem Weltkrieg nur sehr langsam Fortschritte im Nahen und Fernen Osten, und Afrika war damals noch ein leerer Fleck auf der Landkarte der Weltrevolution. Die erste Phase der chinesischen **Revolution** (1925 - 1927) schloß ab mit der Niederlage der Konununisti-

sehen Partei und dem Aufstieg Amerikas zur entscheidenden Macht im Pazifik. Aber gerade diese Expansion Amerikas in den pazifischen Raum schuf die Voraussetzung für den Sieg des Kommunismus in Peking 1949- je stärker Amerika im Pazifik wurde, desto unvermeidlicher wurde sein Zusammenstoß mit Japan und sein Kampf gegen den englischen Konkurrenten in einem Raum, der ihm für seine eigene Weltexpansion unerläßlich erschien. Damals entstand das Schlagwort von "Amerasia", das amerikanische Asien, natürlich ein Gegenstück zum heutigen Eurafrika Frankreichs. Indem Amerika sich zur Durchsetzung seiner "amerasischen" Ziele Tschiang Kai-scheks bedienen mußte, lenkte es Japan vom Kampf gegen Rußland ab und in den pazifischen Krieg hinein. Das Resultat dieser Politik war das Ende aller amerasischen Hoffnungen: der Sieg Maos. Durch diesen Sieg wurde sowohl das altmodische englische wie das moderne amerikanische Kolonialsystem virtuell zerstört. Denn die chinesische Großraumwirtschaft wird trotz aller Schwierigkeiten, die sie zu überwinden hat, eine immer stärkere Anziehungskraft in Asien und Afrika ausüben. Die originelle Form der chinesischen Industrialisierung wird den jungen Nationen in der ganzen Welt Anregungen für ihre eigene Industrielle Revolution bieten; die zunehmende politische Macht Pekings wird die westliche Vorherrschaft in anderen Räumen immer mehr erschüttern und auf die Dauer unmöglich machen. Es liegt daher ein tiefer geschichtlicher Sinn in dem scharfen Konflikt zwischen ". Washington und Peking; denn die Anerkennung Pekings, sein Eintritt in die Vereinten Nationen schafft die "völkerrechtliche " Voraussetzung für die Liquidation des kolonialen Systems. Es ist aber noch gar nicht abzusehen, wann dieses Ereignis eintreten wird. Man kann sagen, daß sich in den letzten Jahren der Konflikt zwischen Washington und Peking eher verschärft hat und daß vorläufig keine Anzeichen zu seiner Milderung bestehen.

In den letzten zehn Jahren geriet die Welt mehrmals an den Rand des dritten Weltkrieges. Die gefährlichsten Punkte waren bekanntlich (wenigstens war John Foster Dulles dieser Ansicht) die Kriege in

Korea und. Indochina, der Suez-Konflikt und. der Sturz der englischen Kolonialherrschaft in Bagdad. Wie schon aus dieser Aufstellung ersichtlich ist, erfolgten d.ie schwersten Zusammenstöße dort, w o keineswegs die Rede davon sein kann, daß sich ein demokratisches Gesellschaftssystem mit einem totalitären auseinandersetzt. Denn selbstverständlich konnte man die pro - westlichen Regime in Indochina, in Ägypten oder im Irak nicht als demokratisch bezeichnen. Der Krieg brach aber gerade an diesen Punkten beinahe aus, weil der Westen nicht dulden wollte, daß sich diese Länder von seinen politischen und wirtschaftlichen Kontrollen losrissen, ein Vorgang, der ganz besonders anschaulich wurde angesichts der Nationalisierung des Suezkanals in Ägypten. Der Kalte Krieg geht also gar nicht darum, welches Gesellschaftssystem besser, zweckmäßiger, humaner ist, das westlich - parlamentarische oder das östlich- diktatorische, sondern um die Frage, in welchen politischen und wirtschaftlichen Formen sich die Nationen Asiens und Afrikas verselbständigen und untereinander föderieren können (Beispiel: Vereinigte Arabische Republik und die Mali- Föderation innerhalb der heutigen französischen Communauté). Dort, wo es wirklich einen Unterschied der Gesellschaftsstrukturen gibt , in Europa, hat sich der Status- quo trotz gefährlicher Spannungen und Belastungen weit besser gehalten als in den Kolonialgebieten.

Es ist also irrig anzunehmen, daß der Kalte Krieg durch ein Abkommen zwischen Eisenhower und Chruschtschow mit einem Schlage beendet werden könnte; denn er wird gar nicht um den Status in Berlin oder um ähnliche europäische Probleme geführt. Natürlich kann ein Ausgleich zwischen Washington und Moskau über europäische Prägen auch die internationalen Spannungen mildern und die Voraussetzungen schaffen für eine ganz neue Periode in den Beziehungen der Völker zueinander. Aber diese Neue Zeit der Koexistenz kann erst dann beginnen, wenn der Ausgleich Peking - Washington zustande kommt; denn damit würde angezeigt sein, daß der Versuch, neo-kolonialistische Systeme in Asien und Afrika zu schaffen, aufgegeben wird. Aber dieser Punkt,

der für die Entwicklung Europas von der äußersten Bedeutung ist, wird nicht erreicht werden durch "Hilfe an die Entwicklungsländer" er wird erzwungen werden, wie das bereits in den letzten zehn Jahren der Fall war, dadurch, daß sich in wachsender Zahl die Kolonien von den westlichen Kontrollen losreißen und dadurch die Unmöglichkeit erweisen, das System aufrechtzuerhalten, die Unabhängigkeit Algeriens kann eine der wichtigsten Etappen auf diesem Wege zur Beendigung des Kalten Krieges sein. Es wäre aber verfrüht, mit einer rationell gelenkten Abwicklung der noch ausstehenden Kolonialprobleme zu rechnen. Noch hat der Westen die Hoffnung nicht aufgegeben, das was er besitzt, besonders in Afrika, aufrecht erhalten zu können, und wahrscheinlich sind noch eine Reihe schwerer, auch mit Kriegshandlungen belasteter Krisen durchzustehen, bevor dieser Versuch wegen der Unmöglichkeit seiner Durchführung aufgegeben wird.

Kopitalismus und Neo-Kolonialismus

Es ist hier wichtig zu bemerken, daß die Propaganda für den Kapitalismus mit dem Neo-Kolonialismus zusammenhängt. Die kapitalistische Schule behauptet bekanntlich, daß die Beibehaltung des Privateigentums *an* Produktionsmitteln die beste Garantie für einen stetig ansteigenden Lebensstandard ist und daß daher jede sozialistische Gesellschaftsveränderung gegen das Interesse der Massen gerichtet sei. Der Neo-Kolonialismus behauptet das Gleiche, zwar sollen sich die Kolonien politisch verselbständigen dürfen, aber in einer Form, die die Beibehaltung der wirtschaftlichen Privilegien des 'Westens garantiert, weil sich auf diese Weise ihr wirtschaftlicher Fortschritt besser sichern lasse. Überall, wo Kolonien "freiwillig" in selbständige Nationen umgewandelt werden, versucht die Metropole, bevor sie ihre Kontrollfunktionen abgibt, solche politische Institutionen zu schaffen, die ihr die Beibehaltung ihrer privilegierten Position zu garantieren scheinen. Ein besonders eindringliches Beispiel für diese Methode bietet Malaya. Dieses Land wurde in zwei Teile zerlegt, in die Föderation von Malaya und die Stadt Singapur. Singapur, die große Hafenstadt, enthält eine unruhige und radikal gestimmte Arbeiterschaft, die dadurch, daß man sie von ihrem Hinterland abtrenn-

te, fast aktionsunfähig geworden ist. Die Föderation von Malaya ist in den Händen einer reaktionären, halb feudalistischen Hierarchie, die ihren eigenen Status besser geschützt sieht, wenn sie im westlichen Raum verbleibt. Als ähnlichen Erfolg des Neo-Kolonialismus kann man das Regime von Diem in Süd - Indochina oder das Regime von Syngman Rhee in Süd-Korea ansehen; und diese Aufzählung erschöpft keineswegs die Liste der noch vorhandenen westlichen Enklaven im asiatischen oder afrikanischen Raum.

Jedoch hat der Neo-Kolonialismus *zwar* zahlreiche aber nur periphere Erfolge; denn das Übergewicht des kommunistischen China in Asien ist **so** groß, daß die neo-kolonialen Inseln keinen entscheidenden Einfluß auf die weitere Entwicklung der asiatischen Nationen ausüben können. Und der Einfluß Chinas im Nahen Osten und in Afrika ist heute schon groß genug, um die weitere Schaffung von neo-kolonialen Strukturen zu stören und teilweise unmöglich zu machen. Beispiele : Französisch - Guinea und der Irak. Indien ist ein schwieriger Grenzfall, aber kein Positivum für den Neo - Kolonialismus.

Friedlicher Wettbewerb zweier Wirtschaftssysteme

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Nixon, benutzte bereits diese neue Formel in seinem berühmten Dialog mit Chruschtschow **vor** dem Küchenherd auf der amerikanischen Ausstellung in Moskau. Und Chruschtschow hatte bekanntlich bei seiner Amerikareise mit seiner Propaganda dieser selben Ideen einen großen Erfolg. Aber es handelt sich dabei keineswegs um die Frage, wer den besseren Küchenherd produzieren kann, ob Amerika oder Rußland, oder wer die größere Anzahl dieser Herde den Konsumenten zur Verfügung stellen wird. Es handelt sich um die Frage, welche Methoden geeigneter sind, die industrielle Revolution in Asien und Afrika zu beschleunigen und wer imstande ist, den jungen Nationen in zweckmäßiger Form zu Hilfe zu kommen. In diesem Wettkampf liegt der Osten in der vordersten Linie , trotz der immer noch sehr großen finanziellen und technischen Überlegenheit des Westens. Denn Rußland ist essentiell interessiert,

daß die industrielle Revolution auf der ganzen Welt siegt, während der Westen essentiell daran interessiert ist, diese industrielle Revolution zu verzögern. Deshalb hilft Moskau beim Aufbau der Schwerindustrie; deshalb gibt es Anleihen zu weit besseren Bedingungen als seine kapitalistischen Konkurrenten; deshalb kauft es Rohstoff - Überschüsse nach politischen Gesichtspunkten ein, das heißt, es bevorzugt im Handel jene Länder, die sich wirtschaftlich dem Westen gegenüber verselbständigen wollen. Dabei stehen wir erst am Anfang der Entwicklung; denn Rußland war bisher zu sehr mit seinen eigenen Aufgaben beschäftigt, als daß es imstande gewesen wäre, mehr als eine Anzahl ausgewählter Objekte zu unterstützen, wie den Bau des Assuandammes in Ägypten. Im nächsten Jahrzehnt wird Moskau wahrscheinlich in der Lage sein, in einem weit größeren umfange Wirtschaftshilfe an unterentwickelte Länder zu geben als das bisher der Fall war.

Perspektiven dieser Entwicklung

Wir stehen hier erst ganz am Anfang; eine gleichmäßige durchindustrialisierte Welt kann man sich noch nicht vorstellen. Was man sehen kann, ist die Tatsache, daß die Idee einer Weltregierung im alten machtpolitischen Stil in dem Maße absurd wird, wie die Industrialisierung aller Nationen voranschreitet. Heute kann man immer noch von Gipfelkonferenzen sprechen, zu denen die vier Großen, nämlich Amerika, Rußland, England, Frankreich, sich zusammenfinden. Aber diese Zusammensetzung entspricht noch der alten, untergehenden Phase der westlichen Vorherrschaft. Natürlich entspricht sie auch der alten Phase der Moskauer Vorherrschaft innerhalb des kommunistischen Lagers. Indes hat der Sieg der Kommunisten in Peking nicht nur "Amerasia" und "Eurafrika" unmöglich gemacht; er hat auch die Stalinsche Politik des vom Kreml aus dirigierten kommunistischen Blocks als unmöglich erwiesen. 1945 konnte Moskau eine strenge Kontrolle über die ihm neu angegliederten Gebiete ausüben, nicht nur wegen der durch den zweiten Weltkrieg geschaffenen Situation in

Osteuropa, sondern auch wegen des Monopols an Macht, die **es** neben dem amerikanischen Gegenspieler für lange Zeit zu besitzen schien. Wenige Jahre später, 1949, war dieses Monopol virtuell bereits gebrochen, und heute ist es zu einer Binsenwahrheit geworden, daß zwar Peking nicht gegen Moskau handeln wird, daß aber Moskaus Weltpolitik an seine Zusammenarbeit mit Peking gebunden ist. Die Industrierevolution in Asien und Afrika zerstört beide Weltherrschaftskonzeptionen, die Stalinsche und die Roseveltsche, und schafft das ganz neue Problem, von dem die erfolgreiche Organisation der Großraumwirtschaft abhängt, das der Beziehung von gleichberechtigten Nationen, die trotz ihrer verschiedenartigen Größe nach Vollendung ihrer technischen Revolution über ungefähr gleiche Machtmittel verfügen können; denn weder Atomenergie noch Automatisierung der Industrie sind an Raum gebunden, sondern beide hängen ab von einer bestimmten Höhe der technischen Entwicklung, die auch auf kleinen Räumen denkbar ist.

Die großen Erfolge des Kapitalismus in Europa sind gebunden an die zeitweiligen Erfolge des Neo - Kolonialismus. Die Erschütterung der kapitalistischen Strukturen wird *•vaa.* den Außenräumen kommen. Je mehr das Kolonialsystem außerhalb Europas zusammenbricht, desto unstabiler, desto anfälliger werden die Kapitalistischen Regime in Europa werden. Dieses ist eine ganz andere Art von Krise als die ökonomische Krise des kapitalistischen Systems von 1929 » aber keine geringere in ihrer Auswirkung. 1917 erwarteten die Leninisten die Befreiung der Kolonial Völker durch die sozialistische Revolution der europäischen Arbeiterklasse. Heute aber werden die in die kapitalistische Zwangsjacke eingesperrten sozialistischen Bewegungen in Europa frei werden, wenn die Revolution in den Kolonien ihrer Vollendung nahe ist; denn die Militärallianzen des Kapitalismus werden mit dem Verlust seiner Machtpositionen in nicht-westlichen Räumen ihre Kraft verlieren. Ein anschauliches Beispiel für diesen Zweck kann uns in der nächsten Zeit geliefert werden durch die Auswirkung der Unabhängigkeit Algeriens auf das französisch - deutsche Bündnis und

auf den gemeinsamen Markt der 6 westeuropäischen Staaten. Indes ist die algerische Frage nur das Vorspiel zur Verselbständigung Afrikas, die 1960 mit der Unabhängigkeit Nigeriens, Togos, Kameruns und des Kongo die weitere Verselbständigung der französischen Kolonien innerhalb der Communauté beschleunigen wird. Kein Gebiet des internationalen Lebens wird von diesen großen Veränderungen unberührt bleiben, ob es sich nun um das Abstimmungsverhältnis in den Vereinten Nationen oder um die große Auseinandersetzung über die Abrüstung oder um die Einstellung der Atombomben - Experimente handelt. Der frische Wind bläst weder vom Osten noch vom Westen, sondern aus allen Weltwinkeln und zerstört die sumpfige Stagnation, von der so viele kurzsichtig annehmen, sie würde tausend Jahre dauern.

Herbert A. Tulotz Nigeria - ein afrikanisches Entwicklungsland

In Afrika, sudlich der Sahara verschieben sich die Gewichte

Wenn die Föderation von Nigeria und der bisherige Belgische Kongo noch im Laufe dieses Jahres die politische Unabhängigkeit erreicht haben werden, verschieben sich unter den unabhängigen Staaten Afrikas erneut die politischen und wirtschaftlichen Gewichte. Beides sind volksreiche Länder mit großen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Besondere Beachtung verdient das relativ unbekannte Nigeria, das am 1. Oktober 1960 in das Commonwealth eintritt. Jeder siebente Afrikaner wohnt in diesem Lande, das größer als Frankreich und Italien zusammen ist. Sein Bevölkerungszuwachs macht in etwa vier Jahren die ganze Bevölkerung von Sekou Toure's Guinea aus. Und auch das aktive und zumindest in Westafrika einen Führungsanspruch erhebende Ghana nimmt sich mit seinen knapp sieben Millionen Einwohnern neben den 55 bis 40 Millionen Nigeriern recht bescheiden aus.

Nigeria ist noch eines der typischen afrikanischen Entwicklungsländer. Von 1952 - 1954 betrug das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung nur 64 amerikanische Dollar im Jahr. In der Statistik der 60 Entwicklungsländer nimmt es damit die sechste Stelle von unten ein. Die jährliche Zuwachsrate des Volkseinkommens beträgt 4 Prozent. Trotz dieses Ausweises der Statistik muß bemerkt werden, daß für die breiten Massen das Leben in Westafrika erträglicher als in den meisten asiatischen Staaten ist. Bisher konnte in Westafrika die Bevölkerungszunahme von einem entsprechenden Produktionszuwachs begleitet werden. Gegenüber Ostafrika ist das gesamte politische und gesellschaftliche Leben in Westafrika weiter entwickelt, weil man hier schon über jahrhundertlange Verbindungen mit Europa verfügt.

Die tropische Landwirtschaft ernährt Nigeria

Nigeria ist in der glücklichen Lage, daß ihn keine Monokultur aufgezwungen wurde. Das erst 1914 in. seinen heutigen Verwaltungsgrenzen künstlich geschaffene Land verfügt über eine ganze Reihe von Erzeugnissen der tropischen Landwirtschaft, die es ausführen kann. An erster Stelle stehen die Palmprodukte. Ackerbau und die Verwertung der tropischen Baumprodukte, einschließlich Gummi, machen 50?6 des Volkseinkommens aus und stellen 85 *t«* des Exports. An Bodenschätzen verfügt Nigeria neben Kohle über einen Kalkstein, der sich für die Zementherstellung eignet. Außerdem ist es einer der Hauptproduzenten von Zinnerz. 1956 betrug der Ausfuhrerlös für Zinnerz über 80 Millionen DM. Auch Kolumbit wird gefördert. 75 Prozent der Welterzeugung dieses Erzes, das für die Erzeugung von hitzefesten Stählen wichtig ist, kommen aus diesem tropischen Gebiet. Vom gesamten Export aller Güter Nigerias gehen 54 Prozent in die Länder des Gemeinsamen Marktes.

Nigeria hat gegenwärtig wie die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder eine Kohlenkrise. Die Hauptabnehmer der Kohle, die aus der Ostregion kommt, waren bisher die Eisenbahnen von Ghana und Nigeria und die staatliche Elektrizitätsgesellschaft. Die wach-

sende Konkurrenz der Straße hat auch in Westafrika die Eisenbahnen in das Defizit gebracht. Sie sind deshalb zur rationelleren Ölfeuerung übergegangen und, weil in Nigeria noch nicht genügend Industrie vorhanden ist, die Kohle verbraucht, führte der Absatzausfall zum Abbau von mehreren Tausend Bergarbeitern im Jahre 1959.

Nach 22-jährigen Versuchsbohrungen, die 700 Millionen DM gekostet haben, fördert die Shell -BP jetzt Öl in wirtschaftlich vertretbaren Mengen. Die Bodenschätze Nigerias sind noch nicht systematisch untersucht. Beim Öl hofft man mit einiger Berechtigung darauf, daß Nigeria bald das führende Ölland des Commonwealth wird. Im Weltmaßstab wird **es** jedoch ein Kleinproduzent bleiben. Die Hälfte des Gewinnes aus der Ölproduktion geht in die Regierungskasse von Nigeria.
Die Kraftstromerzeugung, die fast ausschließlich bei einer staatlichen Gesellschaft liegt, hat sich in den vergangenen drei Jahren verdreifacht. Der Bau zweier Wasserkraftwerke wird erwogen.

Verkehr, Handel und Industrie

In den großen Strömen Niger und Benue hat das Land gute natürliche Verkehrswege. Für den sich schnell verbreitenden Motorverkehr sind relativ gute Straßen vorhanden. Nigeria ist eines der wenigen Länder , das

(mit Hilfe der Weltbank) sein Eisenbahnnetz erweitert. Durch die beiden Haupthäfen Lagos und Port Harcourt gehen über dreiviertel des Außenhandels . Der Kleinhandel ist in afrikanischen Händen. Der Großhandel liegt hauptsächlich bei ausländischen Gesellschaften, unter denen die " Unilevergesellschaften " einen dominierenden Platz einnehmen. Bis auf Gummi werden fast alle landwirtschaftlichen Produkte von den staatlichen " Marketing Boards " aufgekauft und exportiert. Es werden vor Beginn der Saison die Preise festgelegt und durch eine Reservepolitik werden auch die Schwankungen der Weltmarktpreise in einem gewissen Umfange abgefangen. Die Abhängigkeit von den unstabilen Weltmarktpreisen für viele semitropischen Exportgüter bleibt jedoch der wundeste Punkt

der Wirtschaft von Nigeria. Das Land hat noch wenig Industrie aufzuweisen. Eine Millionenstadt wie Ibadan, das auch Sitz einer berühmten westafrikanischen Hochschule ist, bat weniger industrielle Fertigungsstätten als eine westdeutsche Kleinstadt. Die Unabhängigkeitsregierung, die unter mohammedanisch - konservativer Führung bereits im Amt ist, bezeichnet es deshalb als eine der wichtigsten Hauptaufgaben, ausländische Kredite und Investitionen auf diesem Sektor zu sichern. Ein interessanter Aspekt der künftigen Industrialisierung Nigerias ist, daß man keinen Entwurzelungsprozeß durch Industriebetriebe fürchtet. In vielen Teilen Nigerias gibt es sehr große Ackerbaustädte, die schon lange vor der Ankunft der Europäer bestanden haben, von denen die Industrie leicht absorbiert werden kann.

Großes Stammesgemisch - Ungenutzte Arbeitsreserven

Die Zusammensetzung der Bevölkerung von Nigeria und seiner Erwerbspersonen ist sehr interessant. Die fast 250 Stämme mit unterschiedlicher Zivilisationsstufe haben noch kein einheitlich es Nationalbewußtsein gefunden. Die Stämme unterscheiden sich fast überhaupt nicht durch rassische Merkmale, sondern vor allem durch ihre Sprachen. Deshalb ist Englisch die anerkannte Amts- und Verkehrssprache des Landes. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 55 Jahren. In der nördlichen Hälfte des Landes leben überwiegend Mohammedaner in strenger feudaler Abhängigkeit. Die südliche Hälfte des Landes ist progressiv, ungefähr 75 Prozent der Erwerbsbevölkerung (mit den mitarbeitenden Familienangehörigen) sind in Land - und Forstwirtschaft und in der Viehzucht tätig. Am 50. September 1957 waren nur rund 480 000 Personen in Unternehmungen mit 10 und mehr Beschäftigten gegen Lohn oder Gehalt angestellt. Davon zählten

Verwaltung, Erziehungs- u. Gesundheitswesen	124 000	Beschäftigte
Baugewerbe	110 000	"
Banken, Versicherungen und Handel	57 000	"
Bergbau, Steinbrüche	54 000	"
Transport und Verkehr	45 000	"
Land- u. Forstwirtschaft, Viehzucht, Jagd und Fischerei	43 000	"
Industrie, einschl. weiterverarbeitender Betriebe	32 000	"

Insgesamt dürfte es nicht mehr als 1 Million Arbeitnehmer geben. Die meisten Menschen sind. in der Landwirtschaft , im Handwerk und im Handel "self - employed" (selbständig). Auch viele Arbeitergruppen, die man zum Beispiel im Bauhandwerk antrifft, sind Genossenschaften von selbständigen kleinen Handwerkern.

Geringe Arbeitsproduktivität

Obwohl sich Nigeria selbst ernähren kann, leidet ein großer Teil der Bevölkerung an Unterernährung oder zu einseitiger Ernährung. Während nördlich der Flüsse Niger und Benue Getreideanbau und Viehzucht möglich sind, muß man sich südlich davon vor allem von Wurzelfrüchten ernähren. Dort regiert die viehmordende Tsetsefliege. Die weiten Verkehrswege verteuern eine ausbalancierte gesunde Diät der Nigerianer. Dazu kommen einseitige Eßgewohnheiten und eine große Unwissenheit auf diesem Gebiet. Dadurch ist man besonders anfällig für die vielen tropischen Krankheiten. Die hohe Kindersterblichkeit (jedes zweite Kind stirbt im ersten Lebensjahr) ist vor allem auf die Unwissenheit der schwarzen Mütter auf dem Gebiete der Kindesernährung zurückzuführen. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den Tropen muß mit einem großzügigen Ausbau des Gesundheits- und Volksbildungswesens beginnen, den jedoch auch ein Land wie Nigeria ohne internationale Hilfe nicht vornehmen kann. Ein Drittel der Stellen im öffentlichen Dienst können mangels qualifizierter Kräfte noch nicht besetzt werden. In der Landwirtschaft herrscht die kleine Familienwirtschaft vor. Von den nur 50 000 Nichtafrikanern in Nigeria ist keiner als selbständiger Farmer tätig. Das Land, an dem heute noch kein Mangel besteht, verblieb den Afrikanern. Nach deren Vorstellungen gehört es den Ahnen , die es dem Stamm zur Treuhandschaft übergeben haben. Die Familien erhalten Land entsprechend ihrer Größe zur Nutzung zugewiesen. Die polygame Großfamilie (extended family) und die engere Stammesgemeinschaft (Clan) tragen viele gemeinwirtschaftliche Züge und sind die Instrumente der persönlichen sozialen Sicherheit in Nigeria. Die Kleinheit der Wirtschaften, Kreditmangel und mangelndes Fach-

wissen hemmen den Fortschritt der nigerischen Landwirtschaft. Nicht die Mechanisierung der Landwirtschaft steht in Nigeria auf der Tagesordnung, sondern die Verbesserung der Anbau- und Lagermethoden, die Bebauung neuen Landes und der Ausbau der inneren Verkehrswege. Vor allem aber kommt der ländlichen Genossenschaftsbewegung , die staatlich gefördert wird, eine große Bedeutung zu . Die Genossenschaften, einschließlich der Verbrauchergenossenschaften , sind in vielen Teilen des Landes erstaunlich stark und modern.

Die wirtschaftliche Zukunft Nigerias - Die öffentliche Hand spielt die entscheidende Rolle

Ausbau der Exportmöglichkeiten und Industrialisierung werden als die wichtigsten Ziele betrachtet, um das Nationaleinkommen zu heben. Die Steigerung des Exports ist im wesentlichen von einer Ertragssteigerung der Landwirtschaft abhängig. Wie in einem wirtschaftlichen Sonderbericht der Vereinten Nationen für Afrika kürzlich festgestellt wurde, muß in den afrikanischen Staaten vor allem die Regierung die Rolle des Unternehmers spielen, weil die private Unternehmerinitiative fehlt. In Nigeria gibt *es* einen Wirtschaftlichen Zentralrat, dem seit 1958 ein Planungsausschuß angeschlossen ist. Da sich die Industrialisierung des Landes nach der Erreichung der politischen Unabhängigkeit vollzieht, kann der Staat auch genügend Einfluß auf die ausländischen Investoren nehmen. Die Furcht vor dem aggressiven afrikanischen Nationalismus macht das ausländische Kapital auch konzessionsbereit. Der Gemeinbesitz an Land, das starke Genossenschaftswesen, die fast vollständige staatliche Kontrolle der Energie - und Verkehrswirtschaft, der große Einfluß des Staates bei der Ausbeutung der Bodenschätze machen Nigeria zu einem Staat mit typisch gemischt-wirtschaftlichen Charakter.

Es sind wenige Ansätze dafür vorhanden, daß Afrika eine ökonomische Einheit wird. Die ehemaligen Kolonialländer sind wirtschaftlich noch zu sehr mit ihren alten kolonialen "Mutterländern" verbunden.

Nigeria hat von vornherein eine etwaige sowjetische Wirt-

schaftshilfe abgelehnt. Der Panafrikanismus ist überwiegend, eine antikolonialistische politische Idee. Es gibt bisher kein Beispiel dafür, daß ein souveräner afrikanischer Staat bereit war, für einen anderen afrikanischen Staat wirtschaftliche Opfer zu bringen. Der Verfasser glaubt sogar, daß mit der Schaffung neuer unabhängiger Staaten die Gegensätze in Afrika immer größer werden. Die von den afrikanischen Nationalisten gefürchtete " Balkanisierung Afrikas " scheint bereits Wirklichkeit zu sein.

Studentenaustausch mit den Entwicklungsländern VI.
Deutscher Studentenlag — Aus dem Korreferat von Dieler Bielemtein

In den letzten drei Jahren sind unsere Hochschulen immer mehr auch für die Entwicklungsländerhilfe herangezogen worden. Die 8 000 Studenten aus Entwicklungsländer n an unseren Hochschulen, die langfristig vorgeplanten Stipendienmittel aus der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes für Entwicklungsländer und die Entsendung von Experten aus unseren Hochschulen in die Entwicklungsländer, sind ein Zeichen dafür. Doch diese Entwicklung verlief eigentlich ohne das Zutun unserer Hochschulen. Sie ließen die Dinge auf sich zukommen, sie konnten nur einen Teil der dadurch entstehenden Probleme lösen, und bis heute fehlen Planungen oder konkrete Vorschläge der Hochschulen selbst.

Die negativen Erfahrungen an den Hochschulen haben sehr bald gezeigt, daß alle Hilfsmaßnahmen vorher sorgfältig auf ihren Nutzeffekt hin überprüft und sachgerechte Lösungen langfristig geplant werden müssen.

Wir sollten daher noch in diesem Jahr darangehen, die Hochschulen, Vertreter der interessierten Fakultäten und Institute und die zuständigen Hochschul- und Wissenschaftsgremien zusammenzurufen, um konkrete Absprachen für die Entwicklungshilfe auf dem Gebiet des

Hochschulwesens zu treffen. Die bisherigen Erfahrungen solcher koordinierender Absprachen in anderen Ländern müssen vorher untersucht werden. Ein Arbeitsplan als Besprechungsgrundlage sollte vorliegen. Eine erste Überlegung der gemeinsam von den Hochschulen zu lösenden Aufgaben ergibt: Deutsche Wissenschaftler und Jungakademiker verschiedener Fakultäten müßten zusammen mit Fachleuten der Verwaltung des Bildungswesens in einige als Schwerpunkte ausgewählte Entwicklungsländer entsandt werden. Zusammen mit den Regierungen und Hochschulen dieser Länder wären Planungen der Entwicklungshilfe auf dem Gebiet des höheren Bildungswesens aufzustellen, die dem Bedarf und den Möglichkeiten dort entsprechen. Danach oder möglichst gleichzeitig müssen unsere Hochschulen, Institute und Forschungsstätten sich vereinbaren, welche Studienplätze sie bereitstellen können, um diese Planungen zu verwirklichen. Weiterhin wird es notwendig sein, daß die Hochschulen langfristige Finanzierungspläne für diese Vorschläge ausarbeiten und den staatlichen Behörden vorlegen.

Die Probleme der Ausländerbetreuung sind an den Hochschulen selbst keineswegs gelöst. Die erste grundlegende Studie zu diesem ganzen Problemkreis von Dr. Dieter Danckwortt, die als Grundlage aller seit einem halben Jahr umfassend eingeleiteten Maßnahmen der Beratung und Hilfe für ausländische Studenten diente, wurde nicht von den Hochschulen selbst, sondern vom Auswärtigen Amt in Auftrag gegeben und ausgewertet. Nach wie vor klagen die ausländischen Studenten gerade darüber, daß es ihnen im Verlauf des Studiums an der notwendigen Unterstützung und Unterweisung fehlt.

Politischer Studentenverbond und Partei

Auf dem VI. Deutschen Studententag wurde in einem Podiumsgespräch unter dem Thema "Mut zur Politik" das Verhältnis eines politischen Studentenverbandes **zu** der ihm verbundene n politischen Partei diskutiert. Die meisten Anwesenden bezogen dieses " abstrakte " Gespräch auf das Verhältnis des S D S zur SPD. An der Diskussion nahmen teil: Helmut Becker, Präsident des Deutschen Volkshochschulverbandes; Prof. Dr. Hans - Joachim Lieber, FU Berlin; Edo Osterloh (CDU), Kultusminister von Schleswig-Holstein; Prof. Dr. Carlo Schmid (SPD), Vizepräsident des Deutschen Bundestages, und Dr. Gerhard Grohs, FU Berlin.

Die Redaktion

Dr. Grohs: Einerseits hat die Studentenschaft jetzt wieder den Schwarzen Peter, aber ich möchte ihn doch zurückgeben, indem ich darauf hinweisen möchte, daß die Studentenschaft sich immer wieder und auch an allen Universitäten bemüht hat, und zum Teil erfolglos bemüht hat, die Mittel von der Professorenschaft zu gewinnen, auf die sie doch entscheidend angewiesen ist. Vor allem, wenn heute zum Teil die Studentenschaft Vorschläge macht, über politische Themen zu sprechen, die aber sehr kontrovers sind, so ist es mehr als einmal passiert, daß vom Rektor der Universität diese Veranstaltung verboten wurde. Hier ist auch wieder die Frage, ob hier nicht Schwierigkeiten aus der Universitätsstruktur selbst entstehen; diese Schwierigkeiten müssen wir noch sehr viel genauer diskutieren; allerdings müssen wir auch davon wegkommen, lediglich im rein abstrakt theoretischen Raum zu diskutieren.

Professor Schmid: Das Vertrauen zur politischen Betätigung **der** Studentenschaft, das großzügig auch Übertreibungen als ungefährlich bei einer gesunden Demokratie erträgt, möchte ich voll bejahen. Zu einem guten Wald gehört auch Unkraut. Sonst wächst **er** nämlich nicht richtig. Sonst gibt es eine Plantage - keinen Wald.

Wenn sich in einer Studentenschaft radikale Gruppen bilden, so sollte man das aufmerksam beobachten, man sollte mit den Leuten sprechen, man sollte sie fragen, warum denkt ihr eigentlich so ? Man

sollte sie in ein Gespräch verwickeln unter Studenten, und wenn **es** geht, sollten sich Professoren daran beteiligen. So viel Vertrauen habe ich in die deutsche Studentenschaft, daß es möglich sein wird, manchen dieser jungen Leute davon zu überzeugen, daß er Illusionen nachjagt, wo er einfach von Stimmungen, von Affekten getrieben ist, wo er glaubt, rational zu sein und politisch zu denken. Aber wir werden es nie erreichen, da wir in der Studentenschaft nun einmal auch Außenseiter haben. Außenseiter haben es an sich - vor allem wenn sie jung sind -daß sie nach allen Seiten des Radikalismus hin ausschlagen. Manche sind unbelehrbar, das ist klar. Es gibt Affekte, die sich fixiert haben. Damit muß man fertig zu werden versuchen.

Professor Lieber: Es ist sehr wichtig zu unterscheiden zwischen Radikalität des politischen Urteils und Radikalismus. Die Frage, die sich mir hierbei aufdrängt, ist immer, welche Struktur ist die der Universität und welche ist die der Gesellschaft, die Radikalität des Urteils im Sinne des kritischen Urteils gleich Radikalismus setzt? Was muß also an der Gesellschaft und der Universität verändert werden, damit sie Radikalität erträgt? Das würde auch für die Parteien gelten. In der letzten Zeit kommt die Meinung auf, daß man den Studenten deshalb einer Radikalität der politischen Stellung -nähme zubilligen müsse, weil es ja junge Menschen seien. Davor möchte ich warnen, und zwar warnen auch die Studentenschaft selbst, etwa das, was ihr hier von der Gesellschaft angeboten wird, anzunehmen im Sinne " na ja, uns wird hier eine gewisse Narrenfreiheit belassen". Wenn die Studentenschaft unter Berufung auf das, was ihr eigentümlich ist, nämlich akademische Verhaltensweisen, Stellung nimmt in politischer Hinsicht und politischer Urteile abgibt, dann darf sie auf keinen Falle ihre Jugend verantwortlich machen oder verantwortlich machen lassen.

Osterloh: Wir sollten uns dafür einsetzen, daß doch die großen Parteien erkennen, daß man Mut zur Politik haben kann, wenn man. den

Konflikt auch in den eigenen Reihen erlaubt und. einen echten Nonkonformismus schützt. Ich bin allerdings der Meinung, daß auch eine Studentengruppe ihre Auffassung begründen muß und sich auch der Kritik auszusetzen hat, daß sie sich nicht wundern muß, falls sie als Parteiorganisation in Erscheinung tritt, daß sie sich dann innerhalb der Partei sich ihrer Haut selbst zu wehren hat. Ein paar Erscheinungen, die auch mir bekannt geworden sind, führen mich allerdings dazu, daß ich meine, es wäre gut, wenn wir uns dafür einsetzen würden, daß man gerade den studentischen parteipolitisch gebundenen Gruppen erlaubt, ihre Radikalität auch so zu formulieren, daß sie gelegentlich auch als Radikalismus mißverstanden werden kann. Denn nichts wäre schlimmer, als wenn wir meinten, wir könnten die Bewegung der studentischen Jugend zur Politik hin über die großen Parteiorganisationen als ideal hinstellen. Das würde bedeuten, daß wir auch jede echte Dynamik ersticken würden.

Professor Schmid: Dazu ein sehr ernstes Wort. Ich fürchte, daß die Gefahr bei der Jugend in Deutschland weniger die Radikalität oder sogar der Radikalismus als vielmehr der Konformismus ist. Man muß hier wirklich einmal politisch denken und zwar im klein geschriebenen Sinn des Wortes. Eine politische Partei kann sich natürlich nicht gefallen lassen, daß eine studentische Gruppe, die sich auf sie bezieht, erklärt, daß sie es sei, die wisse, was die Partei zu tun habe und daß sie gewissermaßen die Partei repräsentiere. Dann muß sie es sich gefallen lassen, daß man ihr sagt, nun denke wie du willst, aber du gehörst eben nicht mehr dazu. Eine politische Partei muß glaubwürdig sein. Das ist mit das Wichtigste für sie.

Becker: Die Tatsache ist die, daß die Studenten und andere Jugendgruppen in der Schwierigkeit leben, daß sich unsere gesamte Gesellschaft so wie ein Naturschutzpark etabliert hat, wo man sich unter Umständen noch sozusagen Indianer in Reservaten hält, die dann das Recht haben, auch noch Unsinn zu reden, politische Kriegstänze aufzuführen.

Professor Lieber: Der Nonkonformismus, den **zu** gestatten, gehört selbst zur konformen Gesellschaft.

Becker: Aber diese Indianer werden nicht als aktive Minderheiten behandelt, und ich sehe absolut nicht ein, warum nicht eine Jugend.-gruppe oder eine studentische Gruppe einer Partei ganz offen von bestimmten Linien der Partei abweichen soll. Das ist meiner Ansicht nach ein Zeichen für das Leben in dieser Partei. Denn die Gefahr in der Demokratie in Deutschland ist nicht, daß sie technisch nicht funktioniert oder zu Zuständen wie in der Weimarer Zeit führt, sondern die Gefahr ist ihre innere Spannungslosigkeit, die das Interesse an der Demokratie verlieren läßt. Hier liegt eine Wurzel für die Schwierigkeit der Jugend mit dieser Demokratie. Überall, wo es geschieht, was diese Spannung herstellt, ist das nützlich. Aus diesem Grunde ist so wichtig, wie hier vorhin so deutlich herausgestellt worden ist, daß die Entscheidung nicht zu Anfang stehen darf. Darum ist wichtig, daß ein Akademiker, der sich in studentischen Gruppen äußert, ganz bestimmte Verpflichtungen hat, nicht Verpflichtungen der Übereinstimmung mit Gruppe X oder Y, auch nicht Verpflichtungen der vollkommenen Übereinstimmung mit den Grundstimmungen, aber immerhin der rationalen Begründung dessen, was er sagt.

Professor Schmid: Das Wort "Radikalität" ' ist wirklich im Wortsinne zu verstehen; an die Wurzel gehen heißt radikal sein. Das ist die Voraussetzung. Wo das ist, hat man Achtung und Freude darüber, daß es solche Menschen gibt, die das tun; auch wenn man denkt, daß die Ergebnisse ihres Denkens falsch sind.

Professor Lieber: Bloß wenn eine Entscheidung und Urteilskundgebung die rationalen Argumente mitgibt, auf denen sie beruht, stellt sie sich dem rationalen Gegenargument, und sie ist nicht bloße unbegründete Entscheidung.

Becker: Die Radikalität, gegen die man sich wenden muß, ist eine Stimmungsradikalität.

Professor Schmid: Ich wiederhole das Wort " Stillung eigener Gemütsbedürfnisse ". Man kommt sich so großartig vor, wenn man radikal ist.

Dr. Grohs: Die Schwierigkeit tritt jetzt ein, Sie sagten, daß die meisten studentischen Äußerungen z.T. diese Stimmungslabilität herausstellen. Damit ist natürlich die Frage gestellt, wer entscheidet darüber, ob es Stimmungslabilität ist oder positive Radikalität ? Es geht wohl nicht an, daß man dann bei dem Wort stehen bleibt, es gibt Gerechte und Ungerechte, wer gerecht und ungerecht ist entscheiden die Gerechten.

Sozialistische Studentenarbeit heute

Die Frage, wie sich aus der Demokratie von Weimar der Faschismus entwickeln konnte, wurde nach dem Zusammenbruch 1945 mit besonderem Ernst in der deutschen Studentenschaft diskutiert . Man war sich einig, daß die Korporationen und Burschenschaften beim Aufbau des faschistischen Deutschlands eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Diese Erkenntnis führte in der sogenannten Kriegsgeneration zu dem Versuch, starke politische Studentenverbände aufzubauen, die bewußt im Sinne der Demokratie an den Universitäten wirken und die diskredierten studentischen Traditionsverbände ablösen sollten. Wenn Demokratie politisches Engagement jedes Einzelnen und bewußte politische Stellungnahme bedeutet, so sind gerade die Studenten in der Lage, dieser Forderung nachzukommen.
Noch nicht in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert und dadurch relativ unabhängig, haben sie auch besondere Möglichkeiten. Die jüngsten Ereignisse in den lateinamerikanischen Staaten, in Süd - Korea, in der Türkei und in Japan bestätigen die positive Funktion der Studentenschaft für die Demokratie.

Dieser Mut zur Politik, der alle politischen Studentenverbände nach 1945 bestimmte, wurde im Laufe eines Jahrzehntes gebrochen . Während im Osten Deutschlands die politische Arbeit staatlich gelenkt wurde, und damit die Auseinandersetzung um die reale Demokratie verstummte, nahm im Westen Deutschlands die Zahl derjenigen ständig ab, die ernsthaft für die Verwirklichung der Demokratie arbeiten wollten. Die sich in der Bundesrepublik wiederherstellende Macht- und Sozialstruktur des vorhitlerischen Deutschlands machte die zunehmende Entpolitisierung dar Jugend notwendig, die Hand in Hand ging mit dem Wiederstarken der studentischen Traditionsverbände. Wie stark bereits Reflexion durch emotionale Reaktion auf politische Fragen ersetzt ist, wurde freilich der Öffentlichkeit erst bei den Vorträgen W. S. Schlamms deutlich. In der Frontstellung gegenüber dieser Entwicklung wurde der Sozialistische Deutsche Studentenbund geprägt. Seit seinem Heubeginn bald nach dem Kriege versteht er sich bewußt als Teil der Arbeiterbewegung. Die ausdrücklich erklärte Solidarität zur SPD und zu den Gewerkschaften bedeutete niemals organisatorische Abhängigkeit:

> einmal stellen sich die Aufgaben in einem Studentenverband anders, zum anderen fordern die Universitätssatzungen die organisatorische Unabhängigkeit politischer Studentengruppen, schließlich hat die Erfahrung gezeigt, daß viele Studenten , selbst wenn sie der bestehenden Machtstruktur oppositionell gegenüberstehen, die direkte Bindung an eine Partei zunächst scheuen und erst durch die Arbeit in den politischen Gruppen ihr Mißtrauen verlieren.

Ein sozialistischer Studentenverband muß im wissenschaftlichen Bereich selbst zeigen, daß sein politisches Handeln auf kritischem und wissenschaftlich fundiertem Denken beruht.

Der Student steht heute an der Universität der Fakten sammelnden "reinen" Wissenschaft gegenüber. Er mißtraut daher der "parteipolitischen" Stellungnahme. Erst wenn ihm der Blick geöffnet wird für die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die ihm im Wissenschafts-

betrieb verborgen bleiben, kommt er selbst zur politischen Entscheidung. Deshalb ist eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende theoretische Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Gesellschaftsformen unerläßlich. Sie ist nur in organisatorischer Unabhängigkeit möglich.

Die in diesem Sinne verstandene wissenschaftliche Arbeit schafft kritisches Bewußtsein gegenüber den herrschenden Ideologien, die im Westen und im Osten Macht Strukturen verschleiern.

Auch die Hochschulpolitik des S D S ist gekennzeichnet durch das Bewußtsein der Abhängigkeit dieser Probleme von den spezifischen Strukturen unserer Gesellschaft. Somit kann sich ein sozialistischer Hochschulverband niemals allein Hochschulpolitik beschränken. Die politischen Aktionen des S D S gegen die Remilitarisierung, die atomare Aufrüstung und gegen alle Versuche, die demokratischen Freiheiten zu beschneiden, ergeben sich ebenso eindeutig aus der Analyse der restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik wie der gegen die Korporationen geführten Kampf um eine Hochschulreform.

Zu einer umfassenden Hochschulreform gehört nach Auffassung des SDS eine breit angelegte Förderung, die schon an den höheren Schulen einsetzen muß. Diese Förderung muß zu allgemeinen Studienhonoraren für Studenten führen. Eine damit einhergehende, mit Rechten ausgestattete, studentische Mitverwaltung schafft die Voraussetzung für eine Demokratisierung der Hochschulen. Der SDS setzt sich zugleich ein für verstärkte indirekte Förderung, etwa durch Verbesserung der Krankenversorgung und der Schaffung von Wohnplätzen, sowie für eine Erweiterung des internationalen Studentenaustausches insbesondere mit den Entwicklungsländern.

Die volle Verwirklichung dieser Forderungen ist freilich erst unter veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen zu erwarten. Die Arbeit für diese Veränderung wird im Hochschul-

bereich immer mehr erschwert. Alle politischen Studentengruppen, soweit sie den herrschenden Verhältnissen oppositionell gegenüberstehen, sind massivem Druck ausgesetzt. Heute ist ihre ehemals die Hochschule bestimmende Position umgeschlagen in die Verteidigung der demokratischen Rechte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund als der einzige Hochschulverband, der es wagt, daß herrschen -den Machtstrukturen und ihre ideologischen Verschleierungen - *von* der Wurzel her in Präge zu stellen, steht dabei im Brennpunkt der Angriffe. Die Funktion aller Verleumdungen wird selbst von alten Freunden des SDS nicht mehr erkannt. Den Hochschulgruppen im SDS aber bleibt nichts, als die Arbeit im verstärkten Maße fortzusetzen, soll der Weg der Bundesrepublik nicht von der Demokratie in ein autoritäres Regime nach dem Beispiel von de Gaulle oder Salazar führen.

Andere Wege zur Hochschulreife VI. Deutscher Studententag — Au»
dem Korreferat von Dr. Wolfgang Kollidier

Der Trend einer größeren Anzahl zu höherer Bildung und zu Aufstiegsmöglichkeiten erfordert eine Vielfalt von Korrekturmöglichkeiten spät entwickelter oder auch fehlgeleiteter Begabungen. Bereits im Schulaufbau ist die Durchlässigkeit der Schulformen zu praktizieren, also auch ein späterer Übergang von der Hauptschule in die Realschule, von der Realschule in die Oberschule zu fordern. Daß dies nicht auf Kosten einer Leistungsminderung erreicht werden darf, ist selbstverständlich. Gleichermaßen selbstverständlich allerdings, daß den zum Aufstieg Begabten eine Mehrheit aufgebürdet wird, die abgewogen sein muß, die doch nicht abgenommen werden kann«

Neben den traditionellen Weg über das Gymnasium und seine Oberstufe müssen jedoch andere Möglichkeiten ausgebaut werden, die nicht nur eine Hochbegabten - Auslese darstellen, sondern eine fruchtbare Antithese zum traditionellen Bildungsweg. In der Diskussion um den sog. zweiten Bildungsweg, der besser ein anderer Bildungsweg genannt sein müßte, wird in der Kritik oft und zu Unrecht der Prozent-

satz derer, die ihn beschreiten, zu sehr als Konkurrenz für den Weg über die Oberstufe der Höheren Schule in die Waagschale geworfen .

Das Charakteristikum der anderen Wege zur Hochschulreife ist die Tatsache, daß das Erlebnis der Berufswelt als integrierter Bestandteil einbezogen wird. Mancher Gegner dieses Zugangs zur Hochschule verweist auf den Grad von Allgemeinbildung, der den Abiturienten auszeichne und ihm das Primat zum Beginn eines Hochschulstudiums gäbe. Kritische und abstrakte Denkfähigkeit, Urteilsvermögen, ein gewisses Mindestmaß an Wissen und eine Aufgeschlossenheit gegenüber der Gesellschaft wurden als Kriterien der Hochschulreife in den Diskussionen des Studentages herausgestellt, die die anderen Wege zur Hochschulreife bejahten, und deren Teilnehmer zum Teil selbst auf ihnen zur Hochschule gekommen waren. Einigkeit herrschte in der Ablehnung der Zuerkennung einer Fakultätsreife oder eingeschränkter Hochschulreife, weil dies der notwendigen und bewährten Freizügigkeit im Studium widerspricht.

a) Die Zahl der Sonderinstitute zur Erlangung der Hochschulreife (z. B. Oberhausen, Braunschweig - Kolleg, Hessen - Kolleg) sollte vergrößert werden, und sobald genügend Erfahrungen gesammelt sind, müßten die Lehrpläne dieser Einrichtungen untereinander abgestimmt werden. Die Lehrpläne müssen die "Allgemeinbildung" berücksichtigen, sollten sich jedoch an der Berufserfahrung ausrichten und nicht an dem Lehrplan der traditionellen Gymnasien.

b) Die Einrichtung von Abendgymnasien wird für notwendig gehalten, die Beanspruchung der Schüler durch Berufsarbeit und zusätzliche Abendkurse ist erheblich. Es muß verlangt werden, daß im letzten Abschnitt des Schulbesuchs der Schüler ganztägig unterrichtet wird. Der Berufsplatz muß ihm erhalten bleiben und die materielle Sicherung nötigenfalls durch entsprechende Stipendien erfolgen.

Über Eignungsfeststellung und Bedürftigkeitsprüfung VI. Deutscher Studentenlag — Au» dem Korreferat von Klaus Meschkat

Ich möchte es als das besondere Verdienst des VI. Studentages ansehen, daß die Eignungsfeststellung zum ersten Mal nicht als selbstverständlich hingenommen, sondern wirklich als Problem gesehen und sogar in Frage gestellt wurde. Dem im Sinne des Einführungsgespräches "Mut zur Politik" radikal fragenden Studenten, d.h. demjenigen, der sich bemüht, zu den Wurzeln der Dinge vorzustoßen, wird es in der Tat problematisch erscheinen, daß eine Eignungsfeststellung sich auf die Ausscheidung der bedürftigen ungeeigneten beschränkt. Voraussetzung der Diskussion war der Grundsatz: "Jeder, ohne Unterschied seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage, soll, wenn er geeignet ist, studieren können. Andererseits sollen auch die, die finanziell besser gestellt, jedoch ungeeignet sind, von der Hochschule ferngehalten werden". Daraus folgt: "Es wurde als unbefriedigend empfunden, daß nur geförderte Studenten bisher einer Eignungsprüfung unterworfen werden, obwohl auch die übrigen durch ihr Studium an der Universität beträchtliche staatliche Mittel in Anspruch nehmen, ohne daß diese bei mangelnder Eignung Dozenten und Kommilitonen belasten".

Die Eignungsfeststellung darf also keineswegs als eine dauernde Grundlage des Honnefer Modells idealisiert werden. Sie muß vielmehr als eine vorübergehende Notmaßnahme betrachtet werden, die deshalb nicht zu umgehen ist, weil eben zahlreiche ungeeignete aufgrund der Defekte unseres Bildungswesens zur Hochschule strömen - also auch ungeeignete Bedürftige. In einem reformierten Bildungswesen dürfte es keine Eignungsfeststellung geben, die sich auf Bewerber um Förderung beschränkt - sie müßte entweder wegfallen oder auf alle Studierenden ausgedehnt werden. Besonders deutlich wird das Unrecht bei der Aufnahmeprüfung in die Anfangsförderung. Wird bei den Nichtbedürftigen das Abiturzeugnis als zulänglicher Nachweis der Hochschulreife angesehen, so muß der Be-

dürftige sich eine Überprüfung dieses Zeugnisses gefallen lassen, das ihm also keineswegs den Zugang zur Hochschule garantiert. In den Fachrichtungen, die keine allgemeinen Zwischenprüfungen haben, wiederholt sich bei der Eignungsfeststellung zur Aufnahme in die Hauptförderung diese ungleiche Behandlung der Bedürftigen und Nichtbedürftigen. Es muß einmal in aller Schärfe gesagt werden: Wenn man sich für die Aufrechterhaltung der Eignungsprüfung für alle Zukunft prinzipiell ausspricht, dann setzt man sich auch dafür ein, daß es immer zwei Klassen von Studenten gibt, die verschieden behandelt werden. Handelt es sich bei der Eignungsfeststellung um ein Prinzip, das man aufgrund eines konsequenten und redlichen Zuendedenkens in seiner Problematik erkennen kann, so steht es um die "Bedürftigkeit" etwas anders. Wir dürfen uns der Einsicht nicht verschließen, daß die Anerkennung oder Ablehnung der Bedürftigkeit als Förderungsvoraussetzung nicht etwa von einem hochschulgerechten oder hochschulfremden Denken abhängt, sondern von weltanschaulichen und gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen, denen eine bewußte Entscheidung zugrunde liegt. Ob ein nationaler Studentenverband die Bedürftigkeit als Bestandteil eines Förderungsmodells anerkennt, hängt davon ab, welche Gruppierung in ihm ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen durchsetzen konnten. Sie alle wissen, daß der französische Nationalverband mit seiner Forderung nach einer "allocation d'e'tudes" schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg die Bedürftigkeit als Förderungsvoraussetzung abgelehnt hat. Dies entspricht einer Auffassung des Studiums, nicht als Erwerb einer persönlichen Eignung für den individuellen Gebrauch, sondern als eine Arbeit, deren Ergebnis der Gesellschaft zugute kommt. Es ist nun außerordentlich bemerkenswert, daß sich im vergangenen Jahr der große englische National verband dieser Auffassung angeschlossen hat. Obwohl in England der Prozentsatz der geförderten Studenten über 80 Prozent liegt, trotz der Großzügigkeit der Staffelung des Zuschusses der Eltern zum Stipendium, setzt sich der englische Studentenverband für die Abschaffung des "means test", d.h. also des Bedürftigkeitsnachweises ein.

Diese Haltung der mit dem V D S eng befreundeten einflußreichsten westeuropäischen Studentenorganisationen ist so bemerkenswert, daß wir auch in Würdigung der andersgerichteten Äußerungen auf diesem Studententag die Gründe dafür untersuchen sollten. ONEP stellt die faktische Emanzipation des volljährigen Studenten von seinem Elternhaus in den Vordergrund, die in einem scharfen Gegensatz zu seiner fortbestehenden materiellen Abhängigkeit steht. 2/3 der französischen Studenten sind mündig, 15% verheiratet: es erscheint UNEF demnach absurd, der Familie die Verpflichtungen auferlegen zu wollen, für die Bedürfnisse ihres mündigen, oftmals verheirateten Sohnes zu sorgen. Der englische Nationalverband stellt dagegen in den Vordergrund, daß der Zuschuß der vermögenden Eltern zum Stipendium ihres Sohnes in Anbetracht der Höhe der Abgaben an den Staat im Grunde eine ungerechtfertigte Doppelbesteuerung darstellt.

Ich muß gestehen , daß ich diese Überlegungen für außerordentlich überzeugend halte. Es erscheint mir nicht einleuchtend, warum der im rechtlichen Sinne volljährige Student auf die finanzielle Unterstützung seiner Eltern angewiesen sein soll. Mir sind zahlreiche Beispiele von Abiturientinnen und Abiturienten meines Jahrganges bekannt, die einen bestimmten Ausbildungsweg nicht einschlagen konnten, weil ihnen die Eltern die materielle Unterstützung dafür verweigerten. Bei einer grundsätzlich positiven Einschätzung der Familie kann ich nicht einsehen , weshalb die Möglichkeit zu solcher Lenkung mündiger junger Menschen den Familienzusammenhang stärken soll.

Dennoch darf nicht verschwiegen werden, daß sich die Mehrheit der Teilnehmer an den Diskussionsgruppen dieses Studententages zugunsten des Subsidiaritätsprinzips ausgesprochen hat, das eben die primäre Verantwortlichkeit der Familie für den Unterhalt ihrer Kinder postuliert. Über die Frage, ob diese Verpflichtung der Familie auch nach der Volljährigkeit bestehen bleibt und ob es gut ist, daß sich der Student in seiner ökonomischen Lage grundsätzlich von seinen berufstätigen Altersgenossen unterscheidet, ist allerdings kaum diskutiert worden.

Mit der Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips, die übrigens mit der bisherigen Auffassung des VDS übereinstimmt, ist eine Grundsatzentscheidung bekräftigt worden, die zunächst nur formaler Art ist . Denn das Subsidiaritätsprinzip beinhaltet keine Aussage über den Umfang der zumutbaren Eigenleistung des Einzelnen und seiner Familie.

Alfred Schmidt Studentenwohnheime, -hotels und - Wohnungen

Der VI. Deutsche Studententag diskutierte die gegenwärtige Wohnsituation der Studenten in der Bundesrepublik. Ohne daß die Bedeutung der traditionellen "Studentenbude" oder der Studentenhotels, die sich in einigen Ländern bereits bewährt haben, bestritten worden wäre, standen die Studentenwohnheime im Mittelpunkt der Beratungen.

Dabei kam es hinsichtlich der Frage, worin die über die bloße Wohnfunktion hinausgehende gesellschaftliche Rolle solcher Heime zu bestehen habe, zu einigen Meinungsverschiedenheiten. Mit Skepsis standen der SDS und die seiner Meinung nahestehenden Studenten der Ansicht gegenüber, den Heimen sei über ihre Wohnfunktion hinaus von außen ein bestimmtes "Konzept", heute auch gern "Leitbild" genannt, hinzuzufügen. Wo gar in etwas hochtrabender Weise von einem " Bildungsauftrag" der Heime gesprochen wurde, konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier versucht wurde, ob bewußt oder unbewußt bleibe dahingestellt, sich die nun schon seit Jahren erörterte und überfällige Reform der Universitätsstruktur auf allzu billige Weise vom Halse zu schaffen. Akademische Bildungsstätte im strengen Sinne ist und bleibt die Universität. Die Wohnheime sind, wie ihr Name sagt, primär zum Wohnen da. Sie können nicht, was die Universität in ihrer jetzigen Verfassung den Studierenden notwendig vorenthalten muß, durch Abendkurse oder dergleichen ersetzen. Jede bewußt von außen an die Bewohner eines Heimes herangetragene Gemeinschaftsideologie sollte vermieden werden. Von einem bilden-

den Einfluß des Heimes kann sinnvoll nur gesprochen werden, wenn darunter kein intentional gesteuerter, sondern ein funktionaler verstanden wird. Aus der Tatsache des Zusammenlebens von Studenten verschiedener Nationalitäten, sozialer Herkunft, politischer Haltung, Konfession und Fachrichtung erwachsen tagtäglich Möglichkeiten fachlicher und philosophischer Diskussion, Möglichkeiten des Achten- und Kennenlernens anderer Meinungen, Möglichkeiten praktischer Demokratie, auch ohne daß es erforderlich wäre, jede Auseinandersetzung etwa in der gemeinsamen Küche eines Heimes gleich als "echtes Gespräch" zu 'bezeichnen und damit unter die Leitbildphrasen zu subsumieren. Keineswegs darf bei den Aufnahmeverfahren das Bekenntnis zu solchen sich schnell herumsprechenden Redensarten ausschlaggebend sein. Wer ohne falsches Bewußtsein zugibt, daß es ihm auf ein ungestörtes Studium und eine billige Wohnmöglichkeit ankomme, kann sich, einmal aufgenommen, als fördernder auf seine Kommilitonen erweisen als einer, der voller Elitebewußtsein ein ganzes Trickköfferchen ausgehöhlter Sprüche mit sich führt. Auch wer in strikter Isolierung seinem Studium nachzugehen wünscht, sollte in Heimen Aufnahme finden. Gemeinschaft kann in den Heimen, wie Prof. Fuchs, Heidelberg, mit Recht hervorgehoben hat, nur angeboten, nicht erzwungen werden.

Der S D S hat sich in der Vergangenheit für den Bau von Wohnheimen eingesetzt. Er hat an einzelnen Universitäten auch den Bau eigener Heime durchsetzen können. Der Mangel an "Buden" und die Wucherpreise zwingen dazu, nach neuen Möglichkeiten zu suchen. Neben den Studentenwohnheimen sollten deshalb auch in Deutschland Studentenhotels ihren Platz finden. Der

S D S fordert darüber hinaus, verstärkte Unterstützung bei der Beschaffung und Einrichtung von Studentenwohnungen. Es muß Studenten die Möglichkeit gegeben werden, mitten in anderen Wohngebieten als normale Bürger in kleinen Gruppen von drei bis fünf Studenten zu hausen.

dnxk und gestaltung: büro harimann . (rankfurt om mein . btigersir. 19 . lel. 4937%

neue kritik 2

" neue kritik ", Zeitschrift sozialistischer Studenten . herausgegeben vom sozialistischen deutschen studentenbund, nr. 2, juli 1960, postversandort frankfurt am main. "neue kritik " erscheint in nachfolge des " bundesorgans des sozialistischen deutschen studentenbundes " "Standpunkt", "neue kritik" ist kein geschäfts-untemehmen. schutzpreis 0,50 dm, für Studenten 0,10dm. anschrift: frankfurt am main, bockenheimer landstraße 135 (seifert). verantwortlich: jürgen seifert, frankfurt am main.

redaktion dieses heftes: heinz grossmann, peter märthesheimer, Jürgen schaltenbrand, michael Schumann und inge wittsack.